WESER KURIER

Landkreise in Niedersachsen wehren sich mit immer neuen Auflagen gegen Ausbau der Agrarindustrie

03.05.2011

Megamastställe: Der Widerstand wächst

Von Silke Looden

Barver. Mit immer neuen Auflagen wehren sich niedersächsische Landkreise gegen immer größere Agrarfabriken auf dem Lande. Der Geschäftsführer des niedersächsischen Landkreistages (NLT) Hubert Meyer spricht von einem "Wettlauf" als Reaktion auf den zunehmenden "Widerstand der Bevölkerung". Meyer fordert das Land Niedersachsen auf, einheitliche Vorgaben für den Bau von Mastanlagen zu machen.

"Wir haben inzwischen Landkreise in Niedersachsen, die pro Jahr mehr als 200 Bauanträge für neue Ställe erhalten. Die Massentierhaltung hat eine Intensität erreicht, der Einhalt geboten werden muss", sagt Meyer. Das Land müsse sich auf Bundesebene für eine Änderung des Paragrafen 35 im Baugesetzbuch stark machen, wonach der Bau von neuen Ställen im Außenbereich privilegiert ist. "Die Landkreise haben kaum Steuerungsmöglichkeiten", klagt Meyer. Deshalb versuchen sie es mit immer neuen Auflagen, fordern Brandschutz- und Keimschutzgutachten.

Nicht nur in Niedersachsen, auch in Nordrhein-Westfalen, in Ostdeutschland, in den Niederlanden und der Schweiz wachse der Widerstand gegen die Agrarindustrie, sagt Meyer. "Wir brauchen eine europäische Lösung." Dieser Meinung ist auch Eckehard Niemann, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die sich seit Jahren für eine artgerechte Tierhaltung engagiert. "Die Agrarreform der Europäischen Union ist eine große Chance." Die AbL will die Tierhaltung auf mittelständische Betriebe beschränken, weg von der Massenproduktion und hin zu fairen Erzeugerpreisen.

Niedersachsens Agrarminister Gert Lindemann (CDU) hat sich gegen den Bau neuer Mega-Ställe mit mehr als 3200 Milchkühen wie in Barver (Kreis Diepholz) ausgesprochen. Grundsätzlich aber verfügten die Kommunen bereits über "effektive Steuerungsinstrumente", sagt Lindemanns Sprecherin Natascha Manski. Sie könnten beispielsweise Vorranggebiete für die Landwirtschaft ausweisen. Gleichwohl wolle sich der Minister dafür einsetzen, dass die Privilegierung von groß-gewerblichen Ställen im Außenbereich zumindest in Regionen mit einer besonders hohen Viehdichte aufgehoben werde. "Derzeit finden darüber Gespräche mit dem Bauministerium und dem Landkreistag statt", erklärt Manski. Niedersachsen wolle sich für eine entsprechende Änderung des Bundesbaugesetzes einsetzen.

Eckehard Niemann geht das niedersächsische Engagement nicht weit genug. Er fordert die Landesregierung auf, gegen den Neubau von Agrarfabriken oberhalb der vorhandenen

Grenzen des Bundesimmissionsschutzgesetzes vorzugehen. Neue Riesenställe mit mehr als 1500 Schweinemast-, 560 Sauen- oder 20000 Geflügelplätzen sollten nicht mehr gebaut werden dürfen. Gleichzeitig müsse Niedersachsen die Forderungen der EU-Richtlinien zur artgerechten Tierhaltung endlich mit entsprechenden Verordnungen durchsetzen.

Unterdessen lehnt sich die Landbevölkerung immer mehr gegen die Agrarindustrie auf. Die Menschen schließen sich in Bürgerinitiativen zusammen, um gegen den Bau von neuen Ställen zu protestieren. Der Widerstand hat vielschichtige Motivationen. Anwohner fürchten nicht nur Geruchsemissionen und gesundheitliche Probleme durch die Abluft der Ställe, sondern auch den Wertverlust ihrer Häuser und eine Zersiedelung der Landschaft.

Mehr Kontrollen

Der Landkreis Emsland hat eine besonders hohe Viehdichte und ist deshalb in besonderer Weise von der Konzentration in der industriellen Landwirtschaft betroffen. Kreistag und Kreisverwaltung reagieren auf die Kritik der Maststallgegner. "Wer bei uns eine Tiermastanlage bauen will, muss ein Brandschutz- und ein Keimgutachten vorlegen", sagt Kreissprecherin Anja Rohde. Darüber hinaus verstärkt der Landkreis seit Kurzem die Kontrollen. In der Vergangenheit wurden Stall- und Filteranlagen nur anlassbezogen überprüft. "Künftig setzen wir auf eine systematische Kontrolle", sagt Landrat Hermann Bröring.

Andere Landkreise mit großer Viehdichte wie etwa Vechta haben nicht so strenge Auflagen. "Wir fordern ein Brandschutzgutachten. Ein Keimschutzgutachten macht allerdings nur Sinn, wenn sich weitere Ställe in der Nähe befinden", sagt Kreissprecher Gert Kühling. Dennoch gebe es Überlegungen, generell ein Keimschutzgutachten zu fordern. Der Landkreis Aurich macht die Ansiedlung von der Futterversorgung abhängig. "Ist der Stall größer als das Futterangebot im Umkreis, darf er nicht gebaut werden", sagt Kreissprecher Rainer Müller-Gummels.

Der Landkreis Cloppenburg zielt auf Filteranlagen ab, um die Bevölkerung besser zu schützen. "Unsere Auflagen sind strenger als anderswo, weil wir ohnehin schon eine hohe Grundbelastung haben", erklärt der zuständige Dezernent im Kreishaus Neidhard Varnhorn. Für jedes einzelne Wohnhaus im Umkreis werde die Gesamtbelastung errechnet.

Der Kreis Diepholz prüft Bauanträge für neue Ställe nach Möglichkeit im Raumordnungsverfahren. "Dadurch lässt sich die Ansiedlung zwar nicht unbedingt ganz verhindern, aber wir haben mehr Einfluss auf den Standort", erklärt der Erste Kreisrat Wolfram van Lessen. Ein solches Verfahren beleuchtet unterschiedlichste Aspekte der Ansiedlung, dauert etwa ein Jahr und kostet den Investor mehr als 20000 Euro. Von neun Bauanträgen in den vergangenen eineinhalb Jahren gingen aber nur zwei ins Raumordnungsverfahren. Der geplante Riesenkuhstall in Barver sei allerdings kein Fall für ein Raumordnungsverfahren, erklärt van Lessen.

Auch die Region Hannover versucht die Massentierhaltung einzudämmen, indem sie die Brandschutzauflagen verschärft hat. Nach Angaben der AbL haben sich die Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg gar ganz gegen den Bau von neuen Mega-Ställen ausgesprochen.